



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

11. Jahrgang, Nummer 10 / 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

2014 war der BBU als Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen im Umweltbereich wieder zu vielen umweltpolitischen Themen im In- und Ausland aktiv. Basis dafür waren oft die vielfältigen Aktivitäten unserer Mitglieder vor Ort. Gemeinsam haben wir demonstriert, Unterschriften gesammelt, Genehmigungsverfahren durchgestanden und immer wieder die Presse über die zahlreichen Umweltprobleme informiert. Jetzt steht Weihnachten vor der Tür und das alte Jahr neigt sich dem Ende entgegen.

Das Engagement der Bürgerinitiativen im Umweltbereich wird auch 2015 dringend erforderlich sein. Jetzt, zwischen den Jahren, wünschen wir Euch aber auch ein paar ruhige Tage der Besinnung und der Muße. Wir wünschen Euch schöne Weihnachtstage und kommt gut in das neue Jahr hinein.

Herzliche Grüße von der BBU-Geschäftsstelle, von der BBU-Newsletter-Redaktion und vom BBU-Vorstand.

1. Aus Vorstand und Geschäftsstelle

Bitte unterstützt mit kleinen und großen Spenden die Aktivitäten des BBU!

Ebenso wie viele sozialpolitische Verbände freut sich auch der BBU über kleine und große Spenden zur Weihnachtszeit. Die Arbeit und das vielfältige Engagement des BBU gibt es leider nicht zum Nulltarif. Fracking, Atomtransporte, Chemieunfälle ... Zur erforderlichen Finanzierung unserer Arbeit bitten wir um großzügige Spenden. Jeder Euro hilft! Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, Bankleitzahl 37050198, Kontonummer: 19002666. IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66. SWIFT-BIC: COLSDE33.

Bitte überlest diesen Spendenaufwurf nicht, denn der BBU ist ergänzend zu den Mitgliedsbeiträgen auf weitere Spenden angewiesen.

Spenden an den BBU sind steuerlich absetzbar. Und natürlich ist es wichtig, dass auch immer mehr Initiativen, Umweltnetzwerke und auch Privatpersonen dem BBU beitreten. Aufnahmeanträge findet man unter <http://www.bbu-online.de/html/antrag.htm>.

BBU-Mitgliederversammlung

Die nächste Mitgliederversammlung des BBU findet am 7. Februar 2015 in Bonn statt. Bitte den Termin unbedingt vormerken. Weitere Informationen zur Mitgliederversammlung erhalten alle BBU-Mitglieder in diesen Tagen postalisch. Bitte in der BBU-Geschäftsstelle melden, wer ggf. die Unterlagen nicht mit der Post bekommt. Immer wieder ändern sich postalische Anschriften und wenn uns die Änderungen nicht mitgeteilt werden, geht die Post mitunter „ins Leere“.

2. Themenbereiche

Atomindustrie

Klage gegen die 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das AKW Obrigheim

(U.B.) Wie Ihr möglicherweise aus den Medien wisst, war die Klage gegen die 2. Stilllegungs- und Abbaugenehmigung für das AKW Obrigheim nicht erfolgreich. Hintergrundinformationen dazu findet man unter

<http://www.atomerbe-obrigheim.de>. Die Initiative AtomErbe Obrigheim ist eine Mitgliedsinitiative des BBU.

Falls ihr die Pressemitteilung des Verwaltungsgerichtshof Mannheim zum Prozess lesen



wollt, sie steht unter

http://vghmannheim.de/pb/.Lde/KKW+Obrigheim_+Klagen+gegen+2_+Stilllegungs_+und+Abbaugenehmigung+ab-gewiesen/?LISTPAGE=1213200.

Das Thema Atommüll wird uns auch in 2015 erhalten bleiben. In Obrigheim, Lingen, Gorleben und anderswo. Termine der nächsten Atommüllkonferenzen der Anti-Atomkraft-Bewegung findet man unter

http://ag-schacht-konrad.de/index.php?option=com_content&task=blogcategory&id=66&Itemid=278.

Rund 60 Organisationen und Verbände fordern in Resolution: „AKW und Brennelementefabrik Lingen sofort stilllegen“

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz im emsländischen Lingen stellten heute der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die deutsche Sektion des IPPNW, die Anti-Atom-Gruppe Osnabrück sowie das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen eine Resolution von rund 60 Verbänden und Organisationen vor, in der von der niedersächsischen Landesregierung und der Bundesregierung die sofortige Stilllegung des Atomkraftwerks Lingen II sowie der benachbarten Brennelementefabrik gefordert wird.

Sogar niederländische Organisationen unterstützen die Lingen-Resolution

In der Resolution beklagen die UnterzeichnerInnen, dass das AKW Lingen II („Emsland“) noch bis 2022 weiterlaufen darf, die benachbarte Brennelementefabrik sogar zeitlich unbefristet: „Von Atomausstieg ist in Lingen keine Spur. Die Zeit für einen echten Atomausstieg ist auch im Emsland mehr als reif“, heißt es wörtlich. Neben örtlichen Gruppen (besonders aus NRW und Niedersachsen) haben auch landes- und bundesweite Verbände, und sogar Organisationen aus den Niederlanden, als ErstunterzeichnerInnen die Lingen-Resolution unterschrieben. Weitere Initiativen und Verbände können sich anschließen.

Udo Buchholz vom BBU mahnte bei der Pressekonferenz eindringlich, dass das Emsland und das benachbarte Münsterland nicht vom Atomausstieg abgekoppelt werden dürfen: „Kein norddeutsches AKW darf so lange laufen wie das in Lingen, die Brennelementefabrik ist vom Atomausstieg ausgenommen. Beide Atomanlagen sind altersschwach, doch die Landesregierung in Hannover handelt nicht. Welche Konsequenzen haben die Materialschäden und die Teilstilllegung der Brennelementefabrik? Welche Auswirkungen haben die finanziellen Schwierigkeiten von Areva auf den Betrieb der Lingener Brennelementefabrik? Warum wurde die fehlgeschlagene Katastrophenschutzübung zur Simulation eines Super-GAU's im AKW Lingen II so lange geheim gehalten?“

Kritik am Katastrophenschutzkonzept

Dr. Angelika Claussen vom IPPNW kritisierte das Katastrophenschutzkonzept scharf: „Wer glaubt, dass ein wirksamer Katastrophenschutz im Falle eines Supergaus im AKW möglich ist, der täuscht willentlich sich selbst und die Bevölkerung. Als Ärztin fordere ich daher den niedersächsischen Umweltminister und die Bundesumweltministerin Hendricks in Berlin auf, die Schließung der Atomanlagen in Lingen (das AKW und die Brennelementefabrik) auf den Weg zu bringen.“

Konrad Wolking von der Anti-Atom-Gruppe Osnabrück forderte abschließend die Stadt Lingen auf, sich schon jetzt auf die Stilllegung der Atombetriebe vor Ort vorzubereiten: „Die Stadt Lingen sollte sich nun mit der Zeit nach der sich abzeichnenden Schließung aller Atombetriebe einschließlich der Brennelementefabrik befassen. Am Beispiel Hanau wird klar, wie sehr die Last der Geschichte dem Bestreben nach einem positiven Image entgegenwirkt.“

Weitere Informationen:

www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.bbu-online.de, www.ippnw.de, www.antiatomgruppe-osnabrueck.de

Aus einer gemeinsamen Pressemitteilung von IPPNW, BBU, Anti-Atom-Gruppe Osnabrück und Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen vom 26.11.2014

Anmerkung der BBU-Newsletter-Redaktion: Inzwischen haben rund 85 Organisationen die Lingen-Resolution unterschrieben. Weitere unterstützende Initiativen und Verbände sind willkommen. Text der Resolution und Kontakt unter

<http://www.bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen-Resolution.pdf>

Abschlussklärung des Internationalen Urantransporttreffens Münster / Münster, 30. November 2014: „Urantransporte sofort stoppen - Uranabbau, Urananreicherung und Brennelementefertigung beenden“

AtomkraftgegnerInnen aus Russland, Frankreich und den Niederlanden sowie Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Niedersachsen, NRW und Rheinland-Pfalz forderten an diesem Wochenende in Münster auf einem Internationalen Urantransporttreffen ein Ende der zahllosen Urantransporte, die nicht nur in Deutschland und Europa, sondern weltweit den Betrieb der Atomindustrie sicherstellen. Zugleich forderten sie den weltweiten Uranabbau zu stoppen und die Uran verarbeitende Industrie stillzulegen. Zudem solle die deutsche Bundesregierung endlich die Urananreicherung in Gronau sowie die Brennelementefertigung in Lingen beenden. Beide Atomanlagen sind bislang vom Atomausstieg ausgenommen und beliefern Atomkraftwerke in der ganzen Welt.

Geheime Urantransporte quer durch Europa – Lebensader der Atomindustrie

Auf der Urankonferenz berieten die TeilnehmerInnen intensiv über die erheblichen Gefahren der zumeist streng geheimen Urantransporte. Sie verfolgten die Spur der Urantransporte vom Uranabbau in Kasachstan und Usbekistan via Russland über die Ostsee und durch den Nord-Ostsee-Kanal zur zentralen Urantransport-Drehscheibe im Hamburger Hafen. Von dort rollt das Uranerzkonzentrat per Bahn durch Niedersachsen, Bremen, NRW und die Mosel-/Saar-Region zur Uranverarbeitung in Narbonne-Malvési und Pierrelatte in Südfrankreich. Als Uranhexafluorid gelangt



es später zur Urananreicherung nach Gronau oder in die niederländische UAA Almelo. Der nächste Schritt ist die Areva-Brennelementefertigung in Lingen, bevor die Endprodukte oftmals erneut über den Hamburger Hafen, aber auch über Rotterdam in alle Welt verschickt werden.

Die Konferenz verurteilt, dass Frankreich, Deutschland, Russland und die Niederlande weiterhin in vielfältiger Weise eine Zukunft der Atomindustrie ermöglichen. Das ist nicht akzeptabel. Die AtomkraftgegnerInnen fordern zudem von den deutschen Landesregierungen ein konsequentes Einschreiten gegen die wachsende Zahl von Urantransporten, die zahllose Menschen gefährden. Insbesondere die Landesregierungen in Hamburg, Niedersachsen und NRW wurden für ihre Untätigkeit kritisiert. Auch die betroffenen Kommunen wurden aufgefordert, sich aktiv für einen Stopp der geheimen Urantransporte einzusetzen.

Die Konferenz begrüßt die zahlreiche Proteste gegen Urantransporte in diesem Jahr, darunter das Sommercamp in Kiel sowie mehrstündige Blockaden von Urantransporten in Hamburg und der Brennelementefabrik in Lingen. Weitere Proteste fanden u. a. in Gronau, Osnabrück, Münster, Köln, Bonn und Trier statt.

Uranmüllberge wachsen weltweit – kein Endlos-Uranmülllager in Gronau

Zudem kritisierten die TeilnehmerInnen, dass es für den weltweit anfallenden Uranmüll – wie für jeden anderen Atommüll – keine sichere Entsorgung gibt. Schon in den Uranabbauländern fällt massenhaft Uranmüll an. In Gronau soll nun in 2015 ein neues großes Uranmülllager für 60 000 Tonnen Uranoxid in Betrieb gehen – zeitlich unbefristet! Die TeilnehmerInnen lehnen die Inbetriebnahme dieser Endlos-Uranmülllagerung in Gronau ab.

Der geplante Verkauf des Urananreicherers Urenco auf dem Weltmarkt ist unverantwortbar, weil die Urananreicherung der einfachste Weg zur Atombombe ist. Nur die sofortige Beendigung der Urananreicherung ist akzeptabel.

Gronauer Uranmüll in Russland: Russische Umweltschützerin kündigt neue Strafanzeige an

Bis 2009 gelangten aus Gronau rund 27 000 Tonnen Uranmüll nach Russland. Dieser Uranmüllexport war illegal, 2006 stellten russische UmweltschützerInnen Strafanzeige gegen den Gronauer Urananreicherer Urenco. Doch erst vor wenigen Wochen erkannte die Bundesregierung zögerlich an, dass es sich tatsächlich um Atommüll handelt und nicht um „Wertstoff“, wie von Urenco behauptet. Bislang lehnt die Bundesregierung jede Verantwortung für den deutschen Atommüll in Russland ab. Eine russische Umweltschützerin aus Ekaterinburg kündigte nun in Münster an, den illegalen Atommüllexport von Gronau nach Russland von der Münsteraner Staatsanwaltschaft erneut überprüfen zu lassen.

Die TeilnehmerInnen verurteilten zudem scharf die Versuche der russischen Regierung, russische Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen wie Ecodefense durch repressive Gesetze zu „ausländischen Agenten“ zu erklären. Ecodefense droht momentan die Zwangsauflösung. Die Konferenz forderte deshalb nachdrücklich, die sehr engagierte Arbeit der Nichtregierungsorganisationen zu respektieren und zu schützen. Die Konferenz ruft zur Solidarität mit Ecodefense auf.

Die AtomkraftgegnerInnen kündigten weitere gemeinsame Proteste gegen Urantransporte und die Uranindustrie an.

Weitere Infos zu den Urantransporten und zur Uranindustrie: www.urantransport.de, www.sofa-ms.de, www.robinwood.de, www.wise-uranium.org, www.umweltfairaendern.de

Fotos zum Urantransportetreffen:

<http://www.anti-atom-aktuell.de/fotos/20141129-internationales-urantransporte-treffen>

BBU fordert nach Explosion das Aus für AKW Tihange

Nach einer Explosion und einem Brand im Atomkraftwerk Tihange (Belgien) hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die endgültige Stilllegung des schon lange umstrittenen Atomkraftwerks gefordert. Die Vorfälle haben sich am Sonntag (30. November) ereignet. Der BBU betonte in einer ersten Stellungnahme, dass mit dem Betrieb des AKW Tihange nicht länger die Gesundheit der Bevölkerung gefährdet werden darf. "Störfälle in Atomkraftwerken müssen Konsequenzen haben und auch im AKW Tihange muss die ständige Atommüllproduktion endgültig gestoppt werden", so Udo Buchholz vom BBU-Vorstand.

Weitere Informationen zum AKW Tihange:

<https://www.stop-tihange.org/de>, <https://www.anti-akw-ac.de>,

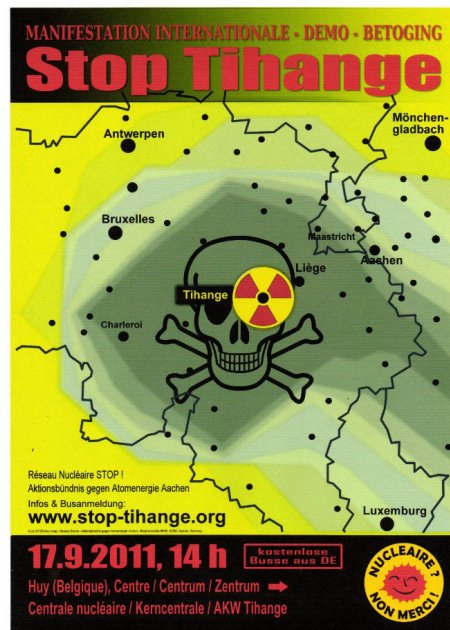
<http://www.bbu-online.de>

Pressemitteilung des BBU vom 01.12.2014.

Warnung vor Urenco-Börsengang. Urananreicherung international stoppen!

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) warnt vor dem Börsengang des Urankonzerns Urenco, der u. a. in Gronau und Almelo (NL) je eine Urananreicherungsanlage betreibt. Der Verband lehnt die Verkaufspläne des Konzerns strikt ab und fordert die sofortige Stilllegung der Urananreicherungsanlagen. "Die militärisch hochbrisante Zentrifugentechnik zur Urananreicherung darf nicht in weitere Hände gelangen. Außerdem fällt bei der Urananreicherung in großen Mengen Atommüll an, für den es keine sichere Lagermöglichkeit gibt. Diese Atommüllproduktion muss gestoppt werden", fordert BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

Die Nachrichtenagentur Reuters hat am heutigen Freitag (4. Dezember 2014) gemeldet, dass die Anteilseigner des Urenco-Konzerns ihren Börsengang angekündigt haben.



<http://www.reuters.com/article/2014/12/04/urenc-ipo-idINL6N0TO26520141204>

Anti-Atomkraft-Initiativen haben schon seit längerer Zeit vor einem solchen Börsengang gewarnt. Am Urenco-Konzern sind zu je einem Drittel der niederländische und der britische Staat, sowie zu je einem Sechstel die Energiekonzerne E.ON und RWE beteiligt.

Nukleare Spirale nicht immer weiter ausdehnen

Die möglichen Verkäufe der Urenco-Anteile stehen schon seit einiger Zeit im Mittelpunkt der Kritik der Anti-Atomkraft-Bewegung. Offen ist dabei, wie die Weiterverbreitung von Nuklearwaffentechnik verhindert werden kann. "Schon jetzt ist die Zentrifugentechnik weit verbreitet und wird selbst im Iran genutzt. Die nukleare Spirale muss gestoppt und nicht immer weiter ausgedehnt werden", so Buchholz.

Um vor den Gefahren der Urananreicherung, der Urantransporte und eines Verkaufs der Urenco-Anteile zu warnen, fanden und finden immer wieder Protestaktionen an der Gronauer Urananreicherungsanlage statt. So wurde Karfreitag ein Ostermarsch an der Anlage durchgeführt und anlässlich des Hiroshima-Jahrestages wurde im August ebenfalls an der Anlage demonstriert. Noch am letzten Sonntag (30.11.2014) sprachen sich Anti-Atomkraft-Initiativen aus Russland, Frankreich und der Bundesrepublik bei einem Pressetermin vor der Anlage gegen die Urenco-Verkaufspläne und für die sofortige Stilllegung der Gronauer Uranfabrik aus. Und wie an jedem ersten Sonntag im Monat (seit Ende 1986) werden sich auch am nächsten Sonntag (7. Dezember) Anti-Atomkraft-Initiativen des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen an der Urananreicherungsanlage um 14 Uhr treffen, um ihre Forderungen zu verdeutlichen (Röntgenstraße 4, 48599 Gronau). Oft nehmen auch Mitglieder niederländischer Anti-Atomkraft-Organisationen an den monatlichen Sonntagsaktionen teil.

BBU-Pressemitteilung vom 04.12.2014

Urencos Uranmüll aus Gronau in Russland: Russische Umweltschützerin stellt in Münster Strafanzeige / „Atommüllexport von Gronau nach Russland war illegal“

Am heutigen Dienstag (16.12.2014) hat eine russische Umweltschützerin aus Ekaterinburg über den Münsteraner Fachanwalt Wilhelm Achelpöhler bei der Münsteraner Staatsanwaltschaft die Wiederaufnahme der strafrechtlichen Ermittlungen gegen den Gronauer Urananreicherer Urenco Deutschland GmbH beantragt. Dabei geht es um den illegalen Export von rund 27 000 Tonnen abgereichertem Uran, die seit Mitte der 1990er-Jahre von Gronau aus als Atommüll nach Russland exportiert wurden. Offiziell durfte Urenco den Atommüll jedoch mit Billigung der Bundesregierung als „Wertstoff“ deklarieren. Der Export von Atommüll ist nach dem deutschen Atomgesetz rechtswidrig. Mitte November hatte die Bundesregierung das abgereicherte Uran, das in Gronau bei der Urananreicherung massenhaft als radioaktiver Abfall anfällt, jedoch erstmals selbst als Atommüll bezeichnet.

Bereits 2006 hatte die Aktivistin der russischen Umweltorganisation Ecodefense zusammen mit drei weiteren russischen UmweltschützerInnen in Münster Strafanzeige gegen Urenco wegen dieses illegalen Atommüllexports gestellt. Das Verfahren war damals jedoch aufgrund der offiziellen Deklaration als „Wertstoff“ eingestellt worden, obwohl an den drei russischen Lagerorten Novouralsk (bei Ekaterinburg), Seversk (bei Tomsk) sowie Angarsk keine Wiederverwendung des abgereicherten Urans zu erkennen ist. Nach der Neubewertung des Gronauer Uranmülls als Atommüll möchte die russische Umweltschützerin Olga Podosenova von der Münsteraner Staatsanwaltschaft den Atommüllexport nun erneut untersuchen lassen:

„In Russland lagern an drei Standorten 27 000 Tonnen Atommüll aus dem westfälischen Gronau. Weder Urenco noch die Bundesregierung haben für diesen illegalen Atommüllexport jemals die Verantwortung übernommen. Aber was soll mit den Gronauer Atommüll hier geschehen? Meine schöne Heimat ist nicht die Atommüllkippe Deutschlands und ich erwarte, dass die Staatsanwaltschaft Münster nun gründlich ermittelt. Niemand weiß, wie Atommüll sicher entsorgt werden soll – weder in Deutschland noch in Russland. Der Export war völlig unverantwortlich,“ so Olga Podosenova von Ecodefense.

„Wir unterstützen das juristische Vorgehen der russischen Umweltschützer. Urenco hat es sich in der Vergangenheit durch den Export nach Russland sehr leicht gemacht. Auch vor Ort ist die Atommüllfrage völlig ungelöst – 13 000 Tonnen Atommüll lagern in Gronau unter freiem Himmel, weitere 13 000 Tonnen lagern zur Zeit in Frankreich – eine sichere Entsorgung ist nirgends in Sicht. Wir fordern von der Bundesregierung und Urenco deshalb zum einen die Anerkennung, dass der Atommüllexport nach Russland in der Tat rechtswidrig war. Zum anderen muss die Uranmüllproduktion in Gronau selbst endlich eingestellt werden – und das bedeutet die Stilllegung der Urananreicherungsanlage,“ so Udo Buchholz vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU).

Weitere Infos: www.bbu-online.de, www.sofa-ms.de, www.urantransport.de, www.aku-gronau.de

Gemeinsame Pressemitteilung des Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen, des AKU Gronau, des BBU von Ecodefense (Moskau) vom 16.12.2014

Fracking

BBU: Gabriel, Hendricks und Altmaier fracken skrupellos den Rechtsstaat – Einigung zum gefährlichen Gasbohren ist ein Anschlag auf die Demokratie und die Umwelt

Als einzigartigen demokratiefeindlichen Vorgang in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewertet der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die nun bekannt gewordenen Ergebnisse der Einigung der drei Bundesminister Gabriel (SPD), Hendricks (SPD) und Altmaier (CDU) zum Fracking. Die Entscheidung, ob bei konkreten Einzelvorhaben Fracking im Schiefergestein oberhalb von 3.000 m Tiefe erfolgen darf, soll zukünftig von einer Kommission der Bundesregierung getroffen werden. Damit werden bergrechtliche Genehmigungsverfahren, die in

Deutschland über Jahrzehnte bewährte Anwendung des Umweltrechts und die etablierte Struktur des Verwaltungsvollzugs ausgehebelt. An die Stelle rechtsstaatlicher und verwaltungsgerichtlich überprüfbarer Verfahren sollen nun mehrheitlich gefasste Entscheidungen von sechs genehmen Personen aus dem Wissenschaftsbereich treten. Damit werden rechtsstaatliche Strukturen durch die Meinungen frackingfreundlicher Einzelpersonen ersetzt.

Oliver Kalusch vom Geschäftsführenden Vorstand des BBU erklärt hierzu: „Bei der geplanten Einrichtung der Kommission handelt es sich von Anfang an um ein abgekartetes Spiel. Mit der Festlegung auf Akteure aus dem ‚Wissenschaftsbereich‘ soll verhindert werden, dass Vertreter der Zivilgesellschaft, beispielsweise aus Umweltverbänden oder Bürgerinitiativen, in diesem Gremium vertreten sind und dieses kontrollieren können. Mit der Berufung kritischer Wissenschaftler ist lediglich in Form einer Feigenblattfunktion zu rechnen. Dies zeigt sich bereits daran, dass die von Fracking begeisterte Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe einen sicheren Sitz erhalten soll. Im Gespräch ist zudem die Helmholtz-Gesellschaft, die bisher nicht durch kritische Äußerungen zum Fracking aufgefallen ist. Sollte trotzdem einmal eine Person ausscheren, sichert das Mehrheitsprinzip in diesem Gremium eine Pro-Fracking-Entscheidung. Es ist die Aufgabe des Gremiums, Fracking-Vorhaben konsequent durchzuwinken.“



Für den BBU steht fest, dass mit der Einrichtung eines derartigen Gremiums, das demokratische und korrekte verwaltungsrechtliche Ergebnisse verhindern soll, der Rechtsaat ausgehöhlt wird. Damit erhält das Thema Fracking eine völlig neue Dimension: An die Stelle der parlamentarischen Demokratie, des gesellschaftlichen Diskurses und detailliert vorgegebener Verwaltungsvorgänge sollen nun Honoratiorenentscheidungen mit vorbestimmten Ergebnissen treten.

Die Bundesregierung plant, ihre Fracking-Pläne überfallartig noch in diesem Jahr vom Bundestag verabschieden zu lassen. Der BBU ruft daher die Abgeordneten, gerade aus SPD, CDU und CSU, auf, dies nicht zuzulassen. Er appelliert an die Abgeordneten, bereits jetzt zu verhindern, dass es zu einer Kabinettsbefassung kommt. Der BBU verweist dabei auf den erfolgreichen Widerstand der Abgeordneten in der letzten Legislaturperiode.

BBU-Pressemitteilung vom 17.11.2014

Friedensbewegung

Aktionstermine

Aktions- und Veranstaltungstermine der Friedensbewegung findet man unter <http://www.friedenskooperative.de>. Informationen zur Kampagne „Friedenswinter 2014 / 2015“ gibt es unter <http://friedenswinter.de>.

Gewässerschutz

VSR Gewässerschutz

Im jüngsten Rundbrief der BBU-Mitgliedsorganisation VSR-Gewässerschutz (Nr. 3/2014) gibt es wieder vielfältige Informationen zum Thema Gewässerschutz. Zu finden ist der Rundbrief unter <http://www.vsr-gewaesserschutz.de/resources/Rundbrief+VSR+03+2014.pdf>.

Massentierhaltung

17. Januar 2015 – 5. „Wir haben es satt – Demonstration“

Am 17. Januar 2015 findet die 5. „Wir haben es satt – Demonstration“ in Berlin statt. Ausführliche Informationen gibt es unter <http://www.wir-haben-es-satt.de/start/home>.

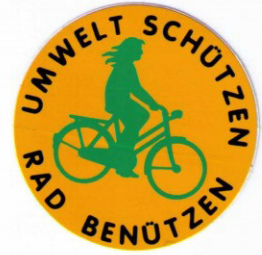
Naturschutz

Presseerklärung der Bürgerinitiative Hochwasserschutz Ja ! – Rehbachverlegung – Nein !

Bis zum Fristablauf am Mittwoch, 3. Dezember 2014, haben nach Informationen der Bürgerinitiative "Hochwasserschutz Ja! - Rehbachverlegung Nein!" zahlreiche Haßlocher Bürger, darunter einige Rehbachanlieger, über hundert Einwendungen im Planfeststellungsverfahren für die Rehbachverlegung bei der SGD-Süd in Neustadt erhoben. Mehrere Bürger und Mitglieder der Bürgerinitiative haben dazu die Rechtsanwälte/Partnerschaft mbB Deubner & Kirchberg aus Karlsruhe beauftragt ihre rechtlichen Interessen in diesem Verfahren zu vertreten. "Die mehrere hundert Seiten umfassenden Planfeststellungsunterlagen sind voller Widersprüche und Fehler und es verwundert, dass die Gemeindeverwaltung Haßloch lediglich zwei Einwendungen gegen das Vorhaben vorbringt", sagt Thomas Barth, Sprecher der Bürgerinitiative. Fristgerecht hat auch der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), bei dem die Bürgerinitiative seit kurzem Mitglied ist und von diesem in dem Verfahren begleitet wird, Einwendungen gegen das Vorhaben erhoben. Nachdem die Gemeindeverwaltung Haßloch den Bürgern bisher eine Beteiligung an der Entscheidung verwehrt hat, ist es der Bürgerinitiative mit dieser Vorgehensweise gelungen Bürgerbeteiligung herzustellen.

Weitere Informationen unter <http://hochwasserschutz-hassloch.de>. Die „Bürgerinitiative Hochwasserschutz Ja! – Rehbachverlegung – Nein!“ ist eine neue Mitgliedsorganisation des BBU.

Verkehrspolitik



Gehwege ohne Hindernisse!

Nach der Absolvierung eines Hindernislaufs auf Gehwegen um Baustellen, Kundenstopper und Geschäftsauslagen, über Schlaglöcher, Gullideckel und Wurzelschäden fragen Sie sich sicherlich manchmal: Wem sag' ich es? Und wie?

Mit der Ergänzung unserer bewährten „Falschparker“-Website www.gehwege-frei.de

können wir Ihnen jetzt Antworten auf diese und weitere Fragen geben. Sie erfahren z.B.

bei uns, welches Amt für welchen Missstand (un)zuständig ist. Außerdem erklären wir Ihnen – gut verlinkt – was z.B. „Sondernutzung“ bedeutet und wie Sie diesen und andere Fachbegriffe in einem Beschwerdeschreiben anwenden. Dafür haben wir Ihnen einen Muster-Beschwerdebrief vorformuliert, aus dem Sie nur noch die unzutreffenden Passagen streichen müssen. Nie war erfolgreiches Beschweren leichter!

http://www.gehwege-frei.de/weitere-aspekte/hindernisfreie-gehwege.html?pk_campaign=NL-November-2014-hindernisse

Aber auch an die Empfänger der Beschwerden haben wir gedacht: Unter http://www.gehwege-frei.de/weitere-aspekte/hindernisfreie-gehwege/meldeplattformen.html?pk_campaign=NL-November-2014-meldeplattform geben wir Kommunen Hinweise, wie sie via Meldeplattformen/ Internet-Formularen Hinweise von Bürger/innen gut durchstrukturiert empfangen und weiterverarbeiten können. Gute Beispiele bestehender Meldeplattformen runden unsere Hinweise ab.

Aus dem Newsletter vom 28.11.2014 der BBU-Mitgliedsorganisationen FUSS e. V. und UMKEHR e. V.

Kontakt und weitere Informationen unter <http://www.fuss-ev.de> und <http://www.umkehr.de>.

BUVKO-Kongress: Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität

Der 20. Bundesweite Umwelt- und Verkehrs-Kongress findet vom 13. - 15. März 2015 unter dem Motto „Bewegte Innenstädte mit fairer Mobilität“ an der Fachhochschule Erfurt statt. Direkt zum Programm geht es hier:

http://www.buvko.de/buvko-programm.html?pk_campaign=NL-November-2014-programm

+ Erfurter Erklärung – diskutieren Sie mit!

Unter dem Motto dieses BUVKOs wollen wir der Verkehrs-, Umwelt- und Stadtplanungs-Diskussion neuen Schwung verpassen. Das geplante Abschlusspapier des Kongresses soll die Verantwortlichen in den Kommunen wie auch die Bürger/innen und Bürgern ermuntern, sich im Sinne des Kongress-Mottos einzusetzen. Die Erklärung soll am 15.

März 2015 von den Teilnehmenden verabschiedet werden.

Wir stellen die ersten Gedanken bereits jetzt zur Diskussion und freuen uns über Lob und Kritik. Wenn Sie Ergänzungen einbringen, denken Sie bitte daran, dass das Abschlusspapier eines Kongresses kein sehr umfangreiches Werk sein darf. In diesem Zusammenhang wäre es günstig, wenn Sie uns Passagen nennen würden, die Ihrer Ansicht nach fortfallen könnten. Hier kommen Sie zum Diskussionsentwurf:

http://www.buvko.de/erfurter-erklaerung.html?pk_campaign=NL-November-2014-erklaerung

+ Marktplatz: Kurz und nachhaltig

Die Arbeitsgruppen sind schon fast fest verplant. Eine Möglichkeit zur Beteiligung können wir Ihnen aber bieten: den Marktplatz. Hier können Sie im Vortragssaal das Projekt Ihrer Initiative, Ihres Instituts oder Planungsbüros allen Kongress-Teilnehmenden vorstellen. Bedingung: Sie haben 5 Minuten (bzw. in

PowerPoint-Sprech: 3 Folien) Zeit, um das Thema „anzureißen“. Bitte melden Sie sich gerne bei uns: info@buvko.de

+ Besser jetzt anmelden!

Wir haben bei einer Reihe von Hotels und Pensionen Kontingente für BUVKO-Teilnehmer/innen reserviert. Diese Reservierungen sind jedoch nur bis zum 30. Januar geblockt, danach werden sie wieder freigegeben. Da Erfurt nicht allzu viele Hotels hat, kann es sein, dass Kurzsentschlossene keine Zimmer mehr bekommen würden. Wir empfehlen also: Jetzt buchen!

Unter folgendem Link finden Sie einen Link zu Angeboten der Erfurt-Tourismus für BUVKO-Teilnehmende sowie Tipps von uns:

http://www.buvko.de/details/unterkuenfte.html?pk_campaign=NL-November-2014-unterkuenfte

Und schließlich: Das Anmelden beim BUVKO nicht vergessen:

http://www.buvko.de/anmeldung.html?pk_campaign=NL-November-2014-anmeldung

Aus dem Newsletter vom 28.11.2014 der BBU-Mitgliedsorganisationen FUSS e. V. und UMKEHR e. V.

Kontakt und weitere Informationen unter <http://www.fuss-ev.de> und <http://www.umkehr.de>.

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 10 / 2014, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletters (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 04.01.2015. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.